

Die SPD-Fraktion lehnt die Steuererhöhung zu diesem Zeitpunkt ab, da auf Grund des erwarteten geringeren Verlustes im Haushaltsjahr 2016 diese Maßnahme überdacht werden sollte.

Die BfM-Fraktion lehnt die geplanten Steuererhöhungen ab, da zunächst Ausgaben reduziert werden sollten.

Die Verwaltung erläutert, dass der Beschluss zur Anhebung der Hebesätze 2016 und 2018 bereits in der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltes 2015 beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde auch im Haushalt 2016 mit dem Haushaltssicherungskonzept 2016 bis 2026 eine kontinuierliche Hebesatzanpassung im 2-Jahres-Rhythmus bis 2026 beschlossen.